

GroKo: Eine schwierige „Zangengeburt“

Endlich gibt es nun einen Koalitionsvertrag zwischen der CDU/CSU und der SPD. Aber immer noch droht ein Mitgliedervotum der SPD den mühsam ausgehandelten Kompromiss zu Fall zu bringen. Annette Widmann-Mautz soll Bundesgesundheitsministerin werden.

(ES) Die „Geburtszange“ führte „Chefarzt“ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier persönlich, indem er die bequemere Neuwahl ablehnte und damit die SPD wieder an den ungeliebten Verhandlungstisch zwang. 136 Tage nach der Wahl gibt es nun endlich einen Koalitionsvertrag. Auch wenn dies noch keine Koalition ist, denn davor hat die SPD noch die Zustimmung ihrer Mitglieder gesetzt. Sollte dieses gewagte Manöver gelingen, könnte die SPD letztlich sogar als großer Gewinner aus dem monatelangen Gezerre um eine Regierungsbildung hervorgehen. Mit ihren gerade einmal gut 20 % der Wählerstimmen hätte sie dennoch einen ordentlichen Teil ihrer Forderungen durchgesetzt und überdies noch sechs wichtige Ministerposten der zukünftigen Regierung ergattert. Und das in Verhandlungen, die sie eigentlich nie führen wollte und für die sie nur mit größter Not bei ihren eigenen Parteigenossen die erforderliche Zustimmung fand. Welch eine Geschichte!

Möglich machte dies die – inzwischen gefürchtete – „ruhige Hand“ der Bundeskanzlerin. Von Angela Merkel kam in der langen Zeit der Verhandlungen, erst Jamaika und dann GroKo, eigentlich gar nichts, bis auf den Wunsch ihr Amt zu behalten. Keine wesentlichen Beiträge, kein Programm, keine Vision – ein politisches Vakuum, oder vielleicht auch die konsequente Umsetzung ihres genauso langweiligen Wahlkampf-Slogans „für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“. Die Quittung für diese Führungsschwäche erhält die CDU nun mit dem Ergebnis des Koalitionsvertrags. Zwar kann Angela Merkel (vorerst?) Bundeskanzlerin bleiben, aber bis auf das Wirtschaftsministerium gehen die wichtigsten Ministerien an die SPD und mit den erweiterten Ministerien für Inneres und Verkehr an die CSU.

Mit dem von Alexander Dobrindt (CSU) als „Zwergenaufstand“ geschmähten denkbar knappen Sieg von Martin Schulz auf dem eigenen Parteitag wurden die Karten in diesem Spiel neu gemischt. War die SPD bis dahin noch in höchster Not, an ihren eigenen Widersprüchen zu zerbrechen, so hatte sie mit dem Verhandlungsmandat und der Drohung des Mitgliedervotums nun auf einmal die Trümpfe in der Hand. Das Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag bleibt allerdings für beide Seiten ein erhebliches Restrisiko. Den Mitgliedern erst mit Überzeugung und Pathos eine Regeneration in der Opposition zu versprechen und dann doch einzuknicken und in Koalitionsverhandlungen einzutreten, das war insbesondere für die Parteijugend unverdauliche Kost. Das inzwischen massenhafte Anwerben zusätzlicher „Nein-Stimmen“ seitens der Jusos könnte dem Mitgliedervotum noch eine unerwartete Wende geben. Unklar bleibt, ob diese Vorgehensweise mit dem verfassungsgemäßen Procedere einer Regierungsbildung wirklich vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht hat entsprechende Klagen allerdings abgewiesen. Somit

ist es denkbar, dass dieser „Zwergenaufstand“ den so mühsam ausgehandelten Vertrag noch zu Fall bringen könnte.

Gleichermaßen unklar bleibt übrigens auch, wie die vielfachen gegenseitigen teuren Versprechungen und Zugeständnisse, die sich angeblich auf mehr als 100 Milliarden € aufsummieren, finanziert werden sollen. Dazu gibt es im Koalitionsvertrag jedenfalls keine konkreten Hinweise. Es bleibt also zu hoffen, dass einige allzu luxuriöse Versprechungen nachträglich stillschweigend wieder eingesammelt werden.

Zum Schluss noch eine gute Nachricht: Das Bundesgesundheitsministerium verbleibt bei der CDU, leider allerdings nicht mehr von Hermann Gröhe geführt, der das Bildungsressort übernimmt. Er hat seinen Job als Bundesgesundheitsminister in der letzten Legislaturperiode gut gemacht, jedenfalls deutlich besser als seine Vorgänger. Ziemlich große Schuhe für seine aktuelle Staatsekretärin, Annette Widmann-Mauz, die ihm nun als Bundesgesundheitsministerin nachfolgen wird. Die Wünsche der SPD auf einen Einstieg in die Bürgerversicherung sollen einer Kommission übertragen werden, in der Politik bedeutet dies in der Regel das Verschieben auf eine sehr lange Bank.